

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Nr. 61.

Neuenbürg, Samstag den 15. April 1905.

63. Jahrgang.

Rundschau.

Der Kaiser ist auf seiner Mittelmeerreise in Korfu eingetroffen und hat mit König Georg von Griechenland und der königlichen Familie eine Zusammenkunft gehabt. Besonders herzlich war die Begrüßung zwischen dem Kaiser und seiner Schwester, der Kronprinzessin. Der Kaiser stellte den König à la suite der deutschen Marine. Der Kaiser fuhr von Korfu nach Messina zurück.

Aus Südwestafrika kommen gute Nachrichten. Der Vorstand des wirtschaftlichen Vereins Grootfontein hat an die deutsche Kolonialgesellschaft ein Dankschreiben für die in Höhe von 20000 M. gewährte Unterstützung gerichtet, in dem es u. a. heißt: „In unserer Freude können wir Ihnen mitteilen, daß fast alle Farmen im Distrikt trotz der noch herrschenden Unsicherheit wieder bezogen sind. Dank der energischen Unterstützung durch unseren neuen Distriktschef, Hauptmann v. Derßen, der alles anbietet, um wieder Ruhe und Ordnung im Distrikt herzustellen, fühlt sich auch jeder ziemlich sicher auf seiner Farm und sieht der Zukunft vertrauensvoll entgegen.“

Als alleinige Repräsentantin der in Berlin versammelten Abgeordneten ist bislang noch die Kommission des preussischen Abgeordnetenhauses für die Vergütungsnovelle zurückgeblieben. In der ersten Sitzung hatte die Kommission die Vorlage verschiedenen Abänderungen unterworfen, die sie anscheinend auch in der am Mittwoch begonnenen zweiten Sitzung aufrecht erhalten will. Die Regierung soll aber entschlossen sein, die von der Kommission an der Vergütungsnovelle vorgenommenen Veränderungen, welche eine Verschlechterung der ursprünglichen Regierungsvorlage bedeuten, zurückzuweisen und eventuell die Vergütungsnovelle zurückzugeben; dann würde voraussichtlich eine reichsgerichtliche Regelung der Vergütungsnovelle platzgreifen. Am Donnerstag hielt das preussische Staatsministerium eine Sitzung im Abgeordnetenhause ab, welche vermutlich mit dieser Sache zusammenhängt.

Die aus Marokko berichtet wird, soll die französische Mission zur Rückkehr nach Tanger aufgefordert werden, wo die bestimmte Weigerung des Sultans, die vorgeschlagenen Reformen anzunehmen, der französischen Gesandtschaft amtlich mitgeteilt werden soll. Der Sultan wünscht, daß Deutschland sobald als möglich eine Sondergesandtschaft nach Fes entsenden möge, um über einen neuen Handelsvertrag zu unterhandeln und die besten Mittel zu erörtern, um zu einer europäischen Konferenz über die Marokkofrage und zu einer internationalen Garantie der Integrität des Landes zu gelangen.

Zur Marokkofrage liegt die Nachricht von einem zustande gekommenen neuen Handelsvertrage zwischen Deutschland und Marokko vor.

Paris, 14. April. Der Minister des Auswärtigen Delcassé dinierte gestern abend in der deutschen Botschaft.

In dem lebhaften parlamentarischen Kampfe in Frankreich um die Vorlage, betr. die Trennung von Kirche und Staat, ist jetzt eine erste Entscheidung gefallen. Die Deputiertenkammer nahm am Mittwoch Art. 1 der Vorlage, welcher Gewissensfreiheit und freie Ausübung der Kulte zusagt, an. — Die Verhaftungen in Sachen der seltsamen Pariser Verschwörungsgeschichten gehen weiter; letzter Tage wurde in Paris auch der Hauptmann Volpert verhaftet.

Berlin. Die Stadivernordneten beschloßen einstimmig, anlässlich der Hundertjahrfeier Schillers dem in Vorbereitung befindlichen Nordpark den Namen „Schiller-Park“ zu geben.

Die Gräfin Montignoso dementiert jetzt in einer Erklärung, welche florentiner Blätter enthalten, auf das Bestimmteste das Gerücht, daß sie sich bereit erklärt habe, gegen eine Erhöhung ihrer Bezüge auf 80000 M. jährlich die Prinzessin Anna Monika Pio an den sächsischen Hof auszuliefern.

In Wiesbaden ist am Mittwoch der internationale Kongress für innere Medizin zusammengetreten.

Frankfurt a. M., 14. April. Kommerzienrat Richard Passavant-Sontard hat der Stadt Frankfurt a. M. die Summe von 100000 M. zur Verfügung gestellt, die für wissenschaftliche Studien auf dem Gebiete der medizinischen Forschung für die Tuberkulosenbekämpfung verwendet werden sollen. Wie aus Dresden berichtet wird, scheint man mit dem dortigen Kaufmannsgericht recht gute Erfahrungen zu machen. Schon im ersten Quartal seines Bestehens hatte es 170 Streitigkeiten zwischen Prinzipalen und Handlungsgehilfen zu entscheiden, und es gelang ihm, hiervon 133 Fälle, also 78 v. H., gütlich beizulegen.

Das Schwurgericht in Hechingen verurteilte am Dienstag den Schuhmacher und Zimmermann Anton Beck aus Inneringen, der in der Nacht zum 29. Nov. v. J. seiner Frau und seinen zwei kleinen Kindern mit einem Rasiermesser den Hals abschnitt, wegen Totschlags zu der Höchststrafe von 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust.

Lahore, 13. April. Durch das letzte Erdbeben ist die Hauptstadt Mandi zerstört worden. Der Staatspalast, die Tempel und alle anderen Gebäude sind dem Erdboden gleichgemacht. Die Stadt Sultanpur hat in ähnlicher Weise gelitten. Etwa 1000 Menschen sind an diesen Stellen getötet worden.

Württemberg.

Stuttgart, 13. April. In der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten konnte endlich der Etat der Zentralstelle für die Landwirtschaft, mit dem sich das Haus nun in drei Sitzungen beschäftigt hat, erledigt werden. Zuvor gab es aber noch eine dreistündige Pferdezuchtdebatte, in der der alte Streit, ob Kalt- oder Warm- oder Halbblut, wieder kräftig aufflammte. Auch die heutigen Verhandlungen zeigten, daß wir von einer Klärung oder gar einer endgültigen befriedigenden Regelung dieser vielumstrittenen Frage noch ziemlich weit entfernt sind. Andererseits war es aber auch unverkennbar, daß die Anhänger des Kaltblutes in der Kammer, wie auch draußen im Lande in der Zunahme begriffen sind. Auch das Landgestüt und die Regierung verkennen, wie Minister Dr. v. Bischof ausdrücklich hervorhob, die Vorzüge des kaltblütigen Pferdes nicht und sind überzeugt, daß das Landgestüt in absehbarer Zeit schon auch der Kaltblutzucht eine weitergehende Beachtung widmen müssen. Auf Grund der in mehreren Jahrzehnten gemachten Erfahrungen auf diesem Gebiet ist die Regierung aber auch zu der Überzeugung gekommen, daß Kalt- und Warmblut unter keinen Umständen vermischt werden dürfen, weil man dadurch ein ganz ungenügendes Mischmaschprodukt beläme. Die Kaltblutfreunde, jagte der Minister, seien übrigens bezüglich des Zuchtzieles noch so wenig einig, daß man gut daran tun werde, mit der Gewährung von weitgehenderen staatlichen Unterstützungen langsam vorzugehen. An dem seit 40 Jahren verfolgten Ziel der Züchtung eines kräftigen, für landwirtschaftliche Zwecke wohlgeeigneten, dabei aber doch gutgängigen Arbeitspferdes, des sogenannten Artillerie-Stangenpferdes, werde die Regierung festhalten. Nach längerer Debatte wurde schließlich ein von den Abgg. Haug, Bantleon und Käß eingebrachter Antrag, die zwecks Hebung des kaltblütigen Pferdebestandes in den Etat eingestellten 8000 M. noch weiter zu erhöhen, angenommen, nachdem der Abg. Locher, der mit Entschiedenheit den Standpunkt der Oberländer Halb- und Vollblutzüchter verteidigte, denselben vergeblich belämpfte hatte. Man ging hierauf über zum Etat der Zentralstelle für Gewerbe und Handel, bei dem sich zunächst noch eine Art Generaldebatte über die wichtigeren aktuellen Fragen aus Handel, Industrie und Gewerbe entspann. Von den Abg. Henning und Käß, sowie auch von Dr.

Hieber wurden hierbei dem neuen Vorstand der Zentralstelle, v. Nothhaft, Vertrauens- und Sympathiebekundungen entgegengebracht und anerkannt, daß seit einiger Zeit ein frischerer Zug durch die Zentralstelle gehe. Abg. Henning verlangte unter dem Hinweis auf den in der Industrie, wie auch in der Landwirtschaft herrschenden Arbeitermangel schärfere Maßnahmen gegen die arbeitscheuen Landstreicher, ferner die Schiffbarmachung des Neckars, eine staatliche Kontrolle des Ringes der Mobiliar-Feuerversicherungsvereine und Hebung des gewerblichen Fortbildungsunterrichts, um den Schäden, die unserer unter ungünstigen Bedingungen arbeitenden Industrie aus den Handelsverträgen vermutlich erwachsen würden, einigermaßen zu begegnen. Der Abg. Keil (Soz.) bemängelte, daß die Arbeitervertreter im Beirat der Zentralstelle so schwach vertreten seien, und daß nach der Ministerialverordnung von 1903, durch welche diese Arbeiterbeiräte ins Leben gerufen wurden, nur in einem gewerblichen Lohnverhältnis stehende Arbeiter in den Beirat gewählt werden dürfen. Ein auf Befreiung dieser letzten Bestimmung abzielender Antrag Keil wurde vom Abg. Gröber und auch vom Minister des Innern, Dr. v. Bischof, lebhaft bekämpft; Gröber meinte, der Antrag sei lediglich ein Beweis dafür, daß die Sozialdemokraten nicht wirkliche Arbeiter, sondern sozialdemokratische Agitatoren im Beirat haben wollen. Auch der Abg. Hieber trat dem sozialdemokratischen Antrag entgegen, bemerkte aber, daß er nicht so weit gehen möchte, auch die Arbeiter, welche in den Gewerkschaften als Vorstände u. s. w. eine Vertrauensstellung einnehmen, vom Beirat auszuschließen. Nachdem Dr. Hieber noch den Gewerbeaufsichtsbeamten des dritten Bezirks, Baurat Hardegg, der in norddeutschen und auch in einigen württembergischen Blättern vor kurzem wegen einiger Vorträge über Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände scharf angegriffen worden war, in Schutz genommen, kam es noch zu einer lebhaften, teilweise persönlich sich zuspitzenden Auseinandersetzung zwischen den Abgg. Keil und Gröber, der der ritterliche Abg. v. Böllwarth durch Stellung eines Schlußantrages ein Ende zu machen suchte. Der Schlußantrag wurde aber abgelehnt, worauf die Debatte noch eine halbe Stunde weiterging, ohne daß indessen noch etwas neues vorgebracht worden wäre. Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten wurde der Antrag Keil schließlich abgelehnt.

Stuttgart, 14. April. Zu Beginn der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten wurde zunächst die Mitteilung gemacht, daß das neue Eisenbahnbankreditgesetz für die laufende Etatsperiode nunmehr zugegangen sei. Hierauf begann man mit der Spezialberatung des Justizetats.

Stuttgart, 14. April. Die Legitimationskommission der Abgeordnetenversammlung nahm in ihrer gestrigen Sitzung den Bericht des Berichterstatters Hrn. v. Sedendorf über die verschiedenen Anfechtungsgründe der Wahl des Abg. Wittnachts-Mergentheim und über die vorgenommenen Erhebungen entgegen. Die Kommission behandelte im einzelnen die Vorgänge bei den Wahlen in Neunkirchen und Reinsbronn; in diesen Orten sollen eventuell weitere gerichtliche Erhebungen gemacht werden. Für ungültig wurden sofort erklärt die Wahlen in Edelfingen, Rot und Bachbach. Der Beschluß gewinnt an Interesse, wenn man sich die Wahlergebnisse in diesen drei Gemeinden ansieht. Wittnacht hat erhalten in Edelfingen 12, in Rot 62 und in Bachbach 61, somit in den drei Gemeinden zusammen 135 Stimmen, dagegen Keller in Edelfingen 197, in Rot 30 und in Bachbach 120, also zusammen 347 Stimmen. Die Gemeinden Neunkirchen und Reinsbronn, in denen Beweiserhebungen vorgenommen werden sollen, zeigen folgende Zahlen: für Wittnacht 24 bzw. 79, zusammen 103 Stimmen, für Keller 62 bzw. 35, zusammen 97 Stimmen. Wittnacht ist am 2. Dezember

Anzeigenpreis:
die 5 gespaltene Zeile
oder deren Raum 10 J.;
bei Auskunfterteilung
durch die Exped. 12 J.
Reklamen
die 3 gesp. Zeile 25 J.
Bei öfterer Insertion
entsprech. Rabatt.
Fernsprecher Nr. 4.
Telegraphen-Adresse:
„Enztäler, Neuenbürg“.

1905.

g.
ahme bei
unvergeß-
fner
erpflegung
ankenhäus
hen Dank.
fner
ndern.

t:

mpignons

n:

oetischen,

gen

nauer.

ann.

stühle,

den Privat

größerer Aus

id, Sattler.

acht

tritt ein im

beiwandter

2 Katten und

für Alford

b. Württe

heim-Württe

nhardt.

terriet

angelauten und

ag der Ein-

innerhalb 10

werden bei

hnanfer.

theiten

der Art

geisse finden

Heilerfolge

Wah Du

„, welche

angesandt

gling

ppfeller. 14.

Stempel

des.

Stempel

imiles 20.

nimmt bei

er Lieferung

C. Mech.

